

Erinnerungskultur für Königstein

Wolfgang Geiger vom Geschichtslehrerverband nimmt Stellung



Dr. Wolfgang Geiger referierte bereits am 23. Mai 2022 im Rahmen einer demokratiethistorischen Veranstaltung im 'Haus der Begegnung'. Bild: NKK e.V.

(Red.) Wolfgang Geiger, promovierter Historiker und Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer, Koordinator des gesamtdeutschen Verbandes in Fragen der Zusammenarbeit mit dem 'Neuen Königsteiner Kreis e.V.' tritt in diesem Artikel, der gleichzeitig Grundlage für seine Diskussion im Rahmen des '3. Königsteiner Gesprächs' am 1. März 2023 im 'Haus der Begegnung' ist, für eine systematische Ergänzung unserer Erinnerungskultur "in Sachen Demokratie" ein: Wolfgang Geiger hat zum Thema "Eugen Kogon - SS-Staat" promoviert, publizierte zur Erinnerungskultur in Deutschland und ist auch fachlicher Partner bei der Neugestaltung der Abteilung "Nie war so viel Aufbruch - Königstein 1945 - 1952" im Burg- und Stadtmuseum Königstein.

Seine Ansichten "zur Gesamtlage" spiegeln sich hochstäblich schon heute in der lokalen Königsteiner Diskussion um die Darstellung von Demokratie- und Zeitgeschichte im Museum wider.

Der Bundesverband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer gibt eine Zeitschrift heraus, die sich sehr treffend *Geschichte für heute* nennt. Und dies gilt für kein Thema mehr als für die Demokratiegeschichte. Betrachten wir aber die lange Geschichte hin zur Demokratie, wie wir sie heute haben, wirklich als Geschichte für heute oder ist auch diese Geschichte "historisiert", sind es einfach nur Etappen der Vergangenheit, Ereignisse wie andere auch? Das muss man sich umso mehr fragen, als die letzten Etappen hin zu unserer heutigen Demokratie paradoxerweise weniger im Einzelnen bekannt sind als weiter zurückliegende und erinnerungskulturell weniger bis gar nicht gefeiert werden.

Dieses und nächstes Jahr wird eine gigantische Event-Maschinerie 175 Jahre 1848er Revolution und Paulskirche in den beiden Hauptstädten Berlin und Frankfurt feiern, doch während in Frankfurt die Paulskirche 1948 so schnell wie möglich für's hundertjährige Jubiläum wieder aufgebaut wurde, hat die Bundesrepublik bis heute noch nicht einmal einen offiziellen Geburtstag, und damit meine ich auch: einen gefeierten und zwar jedes Jahr gefeierten, wie man das bei Geburtstagen gemeinhin macht, nicht nur bei Jubiläen wie zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes und sicher bald auch wieder zum 75. Jahrestag - aber gewiss ohne das Spektakel, das die 175 Jahre Paulskirche krönen wird. Dieses Spektakel sehe ich auch gar nicht kritisch, mir geht es nur um den Vergleich.

Für die Ostdeutschen mag es vielleicht schwierig sein, den Geburtstag der Bundesrepublik zu feiern, von dem sie 1949 ja ausgeschlossen waren. Doch das kann nicht für uns Westdeutsche gelten, und, wenn auch unterschiedlich, so betrifft die Demokratiegeschichte uns alle.

Auf der betreffenden Webseite der Bundesregierung zu Offiziellen Gedenk- und Feiertagen heißt es, sie "gehören zu den Symbolen, durch die sich ein Staat öffentlich darstellt. ... In der gemeinsamen Erinnerung werden an konkreten historischen Erfahrungen die Grundwerte, welche die Staats- und Verfassungsordnung fundieren, anschaulich und erlebbar. Damit tragen Gedenk- und Feiertage auch zur Konsensbildung und Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei."

Die Liste dieser offiziellen Gedenk- und Feiertage besteht aus folgenden:

- * 27. Januar (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus);
- * 11. März (seit 2022 Nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt);
- * 17. Juni (für die Opfer des Volksaufstandes in Ost-Berlin und der DDR, bis zur Wiedervereinigung als Tag der deutschen Einheit offizieller Nationalfeiertag der Bundesrepublik);
- * 20. Juni (seit 2014 Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung);
- * 20. Juli (Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Berlin im Jahr 1944);
- * 3. Oktober (Der Tag der Deutschen Einheit seit der Wiedervereinigung);
- * sowie am zweiten Sonntag vor dem 1. Advent der Volkstrauertag.

Der 3. Oktober ist somit der einzige Gedenktag, der eine positive Botschaft vermittelt, denn die Erinnerung an den Widerstand wird ja von dessen Scheitern überschattet.

Jahrzehntlang haben wir nur des gescheiterten Widerstands und seiner Märtyrer gedacht, erst durch den Film von Steven Spielberg kam "Schindlers Liste" in unser öffentliches Bewusstsein, obwohl Oskar Schindler in den 50er und 60er Jahren in Frankfurt, wo er dann gelebt hat, durchaus bekannt war, aber nur einem relativ kleinen Kreis.

Außer dem 3. Oktober "war und bleibt nationales Gedenken eine Reihe von Trauerfeiern". Dies heute so zu sagen, bringt einen fast schon in den Verdacht, sich der "Schuldkult"-Propaganda der Kreise um diejenigen anzuschließen, die im Haus der Begegnung vor einem Monat ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert haben. Doch ich habe diese "negative Erinnerung" wortwörtlich so schon 2012 auf einer Tagung des Koordinierungsrats der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit zur Sprache gebracht. Sie ist die um 180 Grad gedrehte Kompensation der Verdrängung in der älteren Generation. Und dies hat mir damals beim Koordinierungsrat keine Kritik, sondern Zustimmung eingebracht. Auch die jüdische Geschichte immer nur unter dem Zeichen einer in den Holocaust mündenden Verfolgung zu sehen, verzerrt die Geschichte, vergisst, dass es zuvor auch eine Gleichstellung und Integration der Juden gegeben hat.

Es geht darum, die dunkle Seite deutscher Geschichte durch deren helle Seite entsprechend zu ergänzen. An die Bejahung der Demokratie müssen wir historisch ebenso erinnern - und das heißt: ebenso intensiv - wie an deren Verneinung. Wir tun das gewiss zu wenig, die Lehrbücher tun es zu wenig.

Unser pädagogischer Auftrag beinhaltet natürlich die Erziehung zur Demokratie, aber das ist sehr allgemein, die Frage geht nach dem Wie, hier auf den Geschichtsunterricht bezogen. Dass die erinnerungskulturelle Schocktherapie des Gedenkens ans Negative ausreichend "zur Konsensbildung und Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung beiträgt", wie es in der erwähnten Webseite heißt, möchte ich bezweifeln. Diese Identifikation braucht mehr als nur das mahnende Erinnern an die schrecklichen Folgen des Zerstörung der Demokratie. Neue Infragestellungen unserer Demokratie heute kommen ganz anders daher als damals. Und sie treffen auf eine etablierte - Gott sei Dank etablierte! - Demokratie, die das seit langem nicht mehr kannte und die deswegen von vielen, zu vielen, für selbstverständlich gehalten wird. Sie ist es aber nicht.

Kein System der Freiheit kann allerdings bestehen ohne einen entwickelten, immer wachen Freiheitswillen seiner Bürger. "Nie ist Demokratie ein Zustand, immer eine Forderung", schrieb Eugen Kogon in dem 1948 neu eingefügten ersten Kapitel seines Buches 'Der SS-Staat'. 1948 ging es nicht mehr nur um die Erinnerung an die Konzentrationslager, sondern auch bereits um die Erfahrungen mit der "Bewältigung" dieser Vergangenheit, die Kogon machen konnte, noch in der Besatzungszeit und zugleich schon im Prozess des demokratischen Aufbruchs. Es ging ihm und, wie ich meine, es geht auch noch für uns heute darum, Demokratie nicht nur als eine, in meinen Worten, äußere Demokratie zu verstehen: Institutionen, Wahlen..., sondern auch um eine innere Demokratie: eine Überzeugung und Verhaltensmaxime, Moral, wenn man so will. Auch dies erscheint banal, ist es aber nicht. Immer wieder sehe ich, dass Demokratie nur als Mehrheitsprinzip wahrgenommen wird, gerade auch, aber nicht nur bei Schülerinnen und Schülern, als funktionales Prinzip. Es kommt aber auch auf die Inhalte an. Seit etlichen Jahren gibt es viele zivilgesellschaftliche Initiativen zur Förderung von Demokratiebewusstsein, manche sind sogar schon recht alt, wie 'Gegen das Vergessen / Für Demokratie e.V.', viele sind aber durch die neuen politischen Herausforderungen entstanden und im Zuge des hundert-jährigen Jubiläums der Gründung der Weimarer Republik wird diese auch endlich mal in ein positiveres Licht gerückt.

Dennoch bleibt die Erinnerungskultur, auch so, wie sie sich in den Schulbüchern niederschlägt, zur sehr auf ein lückenhaftes Standardrepertoire der Demokratiegeschichte beschränkt, das, so glaube ich, alleine nicht die magische Kraft entwickeln kann, die eigentlich benötigt wird. Der politische Aufbau nach 1945, der dann zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte, wird von Schülerinnen und Schülern zu sehr als Resultat der amerikanischen Reeducation gesehen, kaum als eigene Leistung der (West-)Deutschen. Dabei gab es eine immense Anstrengung vieler Deutscher, nicht nur an der Konzeption der Landesverfassungen und des Grundgesetzes Beteiligten, sondern auch in der politischen Debatte drumherum, die in dieser Stunde des Aufbruchs etwas Neues schaffen wollten, das die Lehren aus der Vergangenheit zog. Wie das geschehen sollte, was dazu gehörte, das war damals übrigens durchaus kontrovers.

Wolfgang Geiger

Erschienen in:

>>KEK Kulturelles Erbe Königstein
März 2023, S. 3

Daran anschließend:

Drittes Königsteiner Gespräch
"Nie war so viel Aufbruch"
zwischen Christoph Schlott und
Wolfgang Geiger, in:

>>Königsteiner Woche KW 10/2023,
S. 8

Der darin paraphrasierende Satz:

*Dr. Geiger verwies mit zahlreichen
Beispielen darauf hin, dass das
Geschichtsmaterial an Schulen bezüglich
der deutschen Demokratiebewegung eher
dürftig ist.*

ist missverständlich. Meine Aussage
bezog sich erstens auf Mängel im
historischen Längsschnitt (Frage der
Kontinuität) und zweitens auf den
demokratischen Neuanfang nach 1945,
dessen deutscher Beitrag über das
formal Institutionelle hinaus zu wenig in
den Blick genommen wird.